A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

10 Pfennig

Ausgabe für Groß-Berlin

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 11. August 1926
Mittwoch Abend

Mit den Beilagen
Welt und Wort * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Buche

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Für Nichtbeilieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

65. Jahrgang
11. 8. a — Nr. 371 — 10 Pfennig

Paris gegenüber Rom und Madrid

Neue Kombinationen über den Mittelmeerpakt

a. **Paris**, 11. 8. (Eigenbericht)

In linksstehenden Kreisen wird dem zwischen Madrid und Rom abgeschlossenen Vertrag mit Mißtrauen begegnet, besonders seine Haltung betreffend. Soll dieses Abkommen — so fragt man sich — nur einen jener Neutralitätsverträge darstellen, die bezweckt in Mode sind, oder enthält es gewisse Punkte, die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sind und die die italienischen Interessen im Mittelmeer betreffen? Mussolini habe in den letzten Monaten eine sehr rege Tätigkeit entfaltet, sei es an der britisch-ägyptischen Grenze, im Somaliland, im Mittelmeer oder auf dem Balkan. „Um Balkan scheint Mussolini," schreibt der demokratische „Paris Soir", „die Rolle der ehemaligen österreich-ungarischen Regierung übernehmen zu wollen. Er bedrohte und liebäugelte der Reihe nach mit Jugoslawien und Griechenland, und zur Stunde hat er den rumänischen Ministerpräsidenten Averescu zu sich eingeladen. Der Vertrag, den er mit Spanien abgeschlossen hat, bezeichnet eine ganze Reihe politischer Schachzüge, von denen die Mehrzahl im Dunkel blieb. Aber vielleicht wollen auch die beiden Diktatoren nur einen Verschwörungsvertrag gegen eine innenpolitische Umwälzung abschließen."

Auf der Rechten führt man vorläufig über das Abkommen eine vorsichtige Sprache, begrüßt den neuen Gesit, der in Madrid herrsche, wo man zweifellos danach trachte, den spanischen Einfluß auf internationalem Gebiet zu verstärken.

★

Aus Rabat wird gemeldet: Am 10. August, morgens 8 Uhr, sind die spanischen Truppen unter dem Befehl des Obersten Cacaz in Schefchaoen einmarschiert und haben die Höhen in der Umgebung der Stadt besetzt. Damit haben die Spanier ein von ihnen lang ersehntes Ziel erreicht.

Rom gegen die mexikanischen Gesetze

fr. **Mailand**, 11. 8. (Eigenbericht.)

Der religiöse „Osservatore Romano" nimmt gegen die neuesten Gesetze des mexikanischen Präsidenten Stellung. „Durch das Verbot des religiösen Unterrichts in den Privatschulen," schreibt das Blatt, „werden die Glaubensdogmen verletzt. In den Städten ist es den mexikanischen Geistlichen verboten, kirchliche Handlungen vorzunehmen. Diese Verfügung enthält einen Widerspruch, denn einerseits ist der Kultus erlaubt und kann niemandem verboten werden oder er ist nicht erlaubt, und es muß daher alles verboten werden. Die Kirchen sind militärisch besetzt, bis die Geistlichen bei den Behörden eine Erlaubnis für ihre Amtstätigkeit nachgesucht und die Genehmigung erhalten haben. Es muß gegen die rasche Anwendung dieser Gesetze protestiert werden. Ein Vergleich mit dieser Regierung, die den Katholizismus zu erdrücken trachtet, kann auf der Grundlage des neuesten Gesetzes nicht erfolgen."

Moskaus Drohung an China

Englische Besorgnisse wegen einer Schwenkung Persiens

sx. **London**, 11. 8. (Eigenbericht)

Nach einer Reutermeldung aus Schanghai, die sich auf japanische Quellen stützt, soll Tschitscherin, Karachan abzuberufen, gewarnt haben, China würde, wenn es auf dieser Forderung bestünde, die Sowjetregierung zwingen, ihre Anerkennung Chinas zu widerrufen und die Errichtung einer anderen Zentralregierung zu warten, bis mit Karachan sich zufriedengeben würde.

Der Schah von Persien hat, wie „Daily Telegraph" erfährt, eine

besondere diplomatische Mission nach Moskau

entsandt. Diese Mission wird sich mit den bekannten Streitigkeiten, u. a. mit den Fischereigerechten im Kaspischen Meer, beschäftigen. Es wird jedoch nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß Persien, wenn sich diese Meinungsverschiedenheiten beilegen ließen, gleichzeitig mit Moskau einen Neutralitätspakt oder Art des türkisch-persischen Teheran und Angora zustandegekommenen Vertrages abschließen würde.

Der Berichterstatter des genannten Blattes sagt ferner, daß Persien bei dem Ausbau seines neuen Eisenbahnstraßensystems nicht auf Mithilfe von britischen Sachverständigen oder britischen Unternehmern zurückgreifen würde. Der Bau der Bahn würde unter der Aufsicht der amerikanischen Finanzmission in Persien unter Führung von Dr. Millspaugh stehen. Die hauptsächlichen Eisenbahningenieure würde man sich aus Amerika, Deutschland, der Schweiz und zu einem geringen Teile aus Frankreich beschaffen.

Das Brennöl,

das der neue persische Bahnunternehmer verwendet soll, wie „Daily Telegraph" argwöhnt, ebenfalls nicht von englischen Gesellschaften stammen, sondern aus Sowjetrußland eingeführt werden. Einmal soll dieses Oel verhältnismäßig billig sein, zweitens sei es auch eine Folge der Verhandlungen, die kürzlich zwischen Moskau und einem amerikanischen Oelkonzern geführt worden seien.

Nach dem „Figaro" werden die großen Manöver, die im nächsten Monat in Westfrankreich stattfinden sollten, abgesagt. Das Blatt nimmt an, daß Ersparnismaßnahmen der Regierung hierzu die Veranlassung gegeben haben.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Die Verfassungsfeier im Reichstag

In Anwesenheit des Reichspräsidenten
Ansprachen des Kanzlers und Reichsinnenministers

Man kann nicht sagen, daß die offizielle Verfassungsfeier von einem Jahr zum andern mehr an innerlichem Gehalt, an Wärme, an Volkstümlichkeit gewinne. Die Reden des Reichsinnenministers und des Reichskanzlers spiegelten diese Empfindungen einer gewissen Skepsis unverhohlen wieder. In mühsamen Anläufen, von einer gewissen Zurückhaltung getragenen Worten feierte der Innenminister die Bedeutung des Tages. Die Verfassung wolle mehr sein als eine Magna Charta des deutschen Volkes. Sie wolle einen neuen Staatsgedanken geben. Diesen Staatsgedanken mit Inhalt zu erfüllen, müsse dem deutschen Volke überlassen bleiben. Der Minister sprach es gewiß nicht aus, aber ein Blick auf die äußere Gestaltung dieses Verfassungstages zeigt, daß das deutsche Volk einstweilen noch fehlt.

Eingeprägam war die Formulierung, die Dr. Külz für die Notwendigkeit fand, sich einem Pharisäertum der Republik fern zu halten, um auf dieser Basis die noch obseits Stehenden zur Mitarbeit heranzuziehen. Gleichfalls lebhaften Eindruck machte das, was er in den Gedanken über den Pazifismus vortrug. Er rückte von jenem unechten Pazifismus ab, der, wie einst Wehrhaftigkeit eines aufrechten Volkes nichts wissen will, und stellte ihm jenen Pazifismus gegenüber, der die Völker unter dem Rechtsgedanken einigen will.

Der Reichskanzler sprach nur wenige Worte. Er hob über die Parteizwistigkeiten die Liebe zum deutschen Volke, in der wir alle einig sind.

Der äußere Rahmen der Feier war der übliche. In der Ausschmückung des Plenarsitzungssaales hatte man sich an das Verbild der letzten Jahre gehalten. Das Gesamtbild war freundlicher als sonst, weil eine überwiegende Zahl heller Frauenkleider sich angenehm von dem ernsten Dunkel der männlichen Festgewänder abhob. Auch die besten Stimmen des Kinderchores brachten einen freundlichen Klang in den strengen und offiziellen Charakter der ganzen Feier.

Das Hauptmoment, das Belebung brachte, Bewegung und Wärme auslöste, war wiederum die Teilnahme des Reichspräsidenten. Schon gegen die Mittagsstunde, als die Reichsregierung des Reichspräsidenten zu empfangen, warteten viele Hunderte in der Wilhelmstraße und Unter den Linden auf das Auto Hindenburgs. Als der Reichspräsident an der Brüstung der Diplomatenloge erschien und sich nach allen Seiten verneigte, als er dann wieder auf die Freitreppe hinaustrat und die Front der Ehrenkompagnie abschritt, erlebte man das gleiche wie bei den Gelegenheiten öffentlichen Erscheinen Hindenburgs: eine starke Bewegung, die für diesen großen Augenblick alles Trennende, alle skeptisch-nüchternen Erwägungen zurückdrängt. Es wirkte als ein verbindendes Symbol, daß auf dem Vorplatz, während der Reichspräsident die Menschenmenge grüßte, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge die schwarz-weiß-rote Reichsmarineflagge mit schwarz-rot-goldener Gösch und dem Eisernen Kreuz wehte. H. W.

Die Feier im Reichstag begann pünktlich um 12 Uhr mit dem Erscheinen des Reichspräsidenten in der Diplomatenloge. Das Haus erhob sich und wartete stehend, bis der Reichspräsident in der vorderersten Reihe neben dem Reichstagspräsidenten Löbe, Reichswehrminister Dr. Geßler und dem Reichstagsvizepräsidenten Graf Praf genommen hatte.

Der Staats- und Domchor unter Leitung von Professor Hugo Rüdel trug ein altes Volkslied „An die deutsche Nation" vor, das um 1540 entstanden ist. Hierauf ergriff das Wort

Reichsminister Dr. Külz:

Kein jubelndes Fest ist es, das wir am 11. August, dem Tag der Verfassung von Weimar, begehen, sondern eine Feier ernsteren Ortes, einen Tag der Einkehr, der Selbstbesinnung, der nationalen Sehnsucht und Hoffnung, einen Tag, an dem das ganze deutsche Volk sich auf in dem Gedanken an das Schicksal seiner selbst.

Ein jeder eingelne von uns hat die Möglichkeit und die Pflicht, das Schicksal seines Volkes mitzubestimmen, gleichviel, ob er auf führenden Posten berufen oder ob er eingegliedert ist in die Rad in das große Getriebe unseres Volks- und Staatslebens, denn kein Gott und kein Mensch kann ein Volk zur Höhe führen, wenn es nicht selbst in sich die Kraft und den Drang fühlt. Ja, das eine ist bei aller Unsicherheit unserer Weltanschauung doch klar, daß kein Volk und Staat sich auf die Dauer werden behaupten können, wo nicht restlos alle Kräfte entfaltet und zusammengefaßt werden. Und wenn ein Volk, wie das deutsche, sich in der Zeit des Niederbruchs mit einer Verfassung ein Staatsgrundgesetz und ein Programm für seine eigene Lebensbedingung setzt, so muß als großer Grundgedanke dieser Verfassung in ihr verkörpert sein der

Wille zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiedergeburt und Selbstbehauptung.

Es hat keinen Sinn, leugnen zu wollen, daß der hohe ethische Gehalt der Verfassung von Weimar auch heute noch in weiten Kreisen des deutschen Volkes verkannt wird. Die Verfassung des Kaiserreichs war der Abschluß einer über viele Jahrzehnte sich erstreckenden geschichtlichen Entwicklung, gegründet in der Vergangenheit, als das deutsche Traum von der Einheit eines Deutschen Reiches sich erfüllte; sie stand am Ende eines äußeren Aufstiegs zur Höhe. Ganz anders die Verfassung von Weimar. Sie kam in der Zeit des tiefsten nationalen Not, sie kam als Abschluß eines Revolution, sie kam einem im Trauergewande und Sklavenketten einhergehenden Volke. Es ist klar, daß eine Verfassung, die entstanden ist in der düsteren Atmosphäre äußerer Niederlage und innerer Zusammenbruchs, nicht von vornherein im Volke so fest wurzeln kann wie eine Verfassung, die aus der Höhe außenpolitischen Erfolges sich gewissermaßen von selbst einstellte.

Es gibt kein zweites Beispiel in der Geschichte der Welt, wo ein Volk in einer Zeit so furchtbarer Heimsuchung zu schwerl Willen und Kraft zu einer von so tiefem, sittlichem Ernst getragenen Neuordnung seines staatlichen Lebens fand. Wer richtig erkennen will, was eine solche Neuordnung in der Zeit, in der sie geschaffen wurde, bedeutet, muß sich einmal in die Stimmung unserer damaligen Feinde versetzen, die auf den Zerfall des Deutschen Reiches gehofft hatten und nun unmittelbar nach dem Zusammenbruch Zeugen des Zerfalls dieses Reiches erlebten. Wenn man die Dinge so betrachtet, dann erscheint die Verfassung von Weimar als das Ergebnis des sittlichen Selbsterhaltungswillens des deutschen Volkes gegenüber dem von außen und innen einsetzenden Zerstörungsprozeß.

Gewiß sind diese Ziele der Verfassung nicht von heute auf morgen zu erreichen. Wo Staaten und Weltordnungen zusammenbrechen, kann der Neubau nicht von heute auf morgen fertig sein. Gewiß: eine Verfassung ist nicht Lebenserscheinung und nicht Lebensmittelpunkt, aber die Verfassung wird um so geeftigter sein, je stärker ihr Inhalt die politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Volkes der Gesamtheit dienstbar macht. Es soll uns fern liegen, ein

Pharisäertum der Republik

aufzurichten und kritiklos alles das schönfärben zu wollen, was der Reichsverfassung auch an Großem und Bleibendem geleistet hat, aber Achtung und Ehrfurcht vor der Vergangenheit und ihren Leistungen entbinden uns nicht von der Pflicht, dem Staate der Gegenwart und Zukunft unter Einordnung des ganzen Ich zu dienen.

Es scheint deutsches Schicksal zu sein, daß wir um die innere Volkseinheit noch lange werden kämpfen müssen. Interessenpolitik verhindert bei uns noch allzu oft die großen gemeinsamen politischen Ideen und das Gefühl der Volksgemeinschaft. Diese Zusammengehörigkeitsgefühl zu einem Volke, einer Nation, einer Schicksalsgemeinschaft, ist die Grundvoraussetzung zu dem Sinn der Verfassung gewollten inneren Frieden. Wohl können wir nicht alle die gleiche politische Meinung haben, das wäre fortschrittshemmend. Wir wohl können und müssen wir jedoch alle Verschiedenheit des Urteils im einzelnen doch durchdrungen und getragen bleiben von dem Bewußtsein, daß

wir alle Glieder einer großen Volksgemeinschaft

sind, zu der wir schicksalsmäßig auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Dieses Gemeinschaftsgefühl verbindet auch allein den wahren sozialen Geist, der die Verfassung erfüllt und fähigt die Kulturvölker des deutschen Volkes. Wohin wir in der Verfassung auch blicken, ob sie die Grundrechte und Grundpflichten der Einzelperson umschreibt, ob sie vom Gemeinschaftsleben spricht, ob sie von Religion, Kirche und Kultusausübung handelt, ob sie Bildung und Schule, Kunst und Wissenschaft der Fürsorge des Staates unterstellt, ob sie die Grundlagen des Wirtschaftslebens ordnet, überall geht das Ringen um eine neue Wertordnung durch die Verfassung. Das Streben, von Mensch zu Mensch zu wirken, „den inneren Frieden zu dienen" und das Leben seiner Menschen, bei aller Achtung vor seiner individuellen Freiheit, doch unter die Idee der Pflicht gegenüber dem Volke und gegenüber der Menschheit zu stellen.

An der Spitze alles Denkens und Handelns steht der nationale Gedanke, aber das Bekenntnis zur Nation führt bringt mit Naturnotwendigkeit internationale Berührungspunkte und Gemeinschaftsinstitute, Solange die Erde um die Sonne kreist, so lange wird es in den verschiedenen Räumen dieser Erde mit ihren mannigfaltigen Daseinsbedingungen verschiedene Menschen und damit Menschen- und Völkerentwicklung geben; aber das Ziel der Menschheitsentwicklung muß sein, das Volkerverbindende stärker wirken zu lassen als das Völkertrennende.

Noch auf Jahre hinaus wird das deutsche Volk einen dornenvollen Weg wandern müssen, aber wenn am Ende dieses Weges

die innere und äußere Freiheit

steht, dann soll uns keine Mühe zu groß, keine Arbeit zu schwer sein. Wir werden unser hartes Schicksal meistern, wenn und eine Zusammenfassung und eine richtige Einstellung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Energien unseres Volkes gelingt. Nach haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Ein Blick in die Parlamente, in das Alltagstreiben des politischen und wirtschaftlichen Lebens genügt, um zu erkennen, daß das staatsbürgerliche Solidarität und nationale Gemeinschaftsgefühl noch der Vollendung harren. Der alte Staat ist gestürzt, ein neuer Staat ist gekommen, das deutsche Volk ist geblieben. Staaten stürzen im Sturme der Zeiten, stoßende Völker trotzen der Zeit.

Der Reichskanzler trug anschließend Mozarts „Bundeslied" vor. Dann nahm der Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. Marx:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist ein erfreuliches Zeichen der Wiedererhebung des deutschen Volkes, daß in immer weiteren Volkskreisen sich die Ueberzeugung Bahn bricht: die Weimarer Verfassung bietet die Plattform, auf der allein der Wiederaufbau unseres Vaterlandes vor sich gehen kann! Wenn heute überall in deutschen Landen der Geburtstag der Verfassung in sichtlichen, aber eindrucksvollen Feiern begangen wird, so geschieht dies nicht nur, um dankbar der Schöpfer der Verfassung zu gedenken und ein offenes Bekenntnis zu ihr und ihren ethischen Grundsätzen abzulegen. Es geschieht zu gleicher Zeit, um der Liebe und Treue Ausdruck zu verleihen, die uns alle mit unserem deutschen Vaterland verbindet. Noch immer trennen gewaltige Klüfte weite Kreise unseres Volkes, noch immer stehen sich die Volksteile oftmals wie zwei fremde Staate gegenüber, aber wie auch die Einstellung des einzelnen sein mag, darin sind wir alle einig:

Dem Volk unseres Vaterlandes und unseres Volkes zu dienen, sein Inhalt und Ziel all unseres Denkens und Handelns sein. Gelaben wir am heutigen Tage, in diesem Dienst an Volk und Vaterland uns gegenseitig zu Treuen und Vertrauen zum Glauben an die deutsche Zukunft preisgegeben.

Ich bitte Sie, Herr Reichspräsident, und Sie, meine Damen und Herren, in diesem Sinne mit mir zu rufen: Es lebe das deutsche Vaterland, das in der Republik geeinte deutsche Volk, sie leben hoch!"

Mit gemeinsamem Gesang der ersten und dritten Strophe des Deutschlandliedes schloß die Feier.

Der Reichspräsident betrat wenige Minuten später mit seiner Begleitung die große Freitreppe des Reichstages, wo ihn die vorgesammelte Menge mit Hochrufen empfing. Er schritt die Front der Ehrenkompagnie ab, während die Reichswehrkapelle das Deutschlandlied spielte. Unter erneuten Hochrufen fuhr der Reichspräsident in geschlossenem Auto in sein Palais zurück.

Erst die Einleitung zur Sanierungsaktion

Pariser Stimmen über die Ergebnisse der Nationalversammlung

a. **Paris**, 11. 8. (Eigenbericht)

Mit der gestrigen Nationalversammlung ist eigentlich praktisch die Parlamentssession beendet. Heute nachmittag um 3 Uhr treten die beiden Häuser zu einer letzten Sitzung zusammen, um die Wahl des Präsidenten des Bermaltungsrates der Amortisationskasse vorzunehmen. Sodann wird in den beiden Häusern, im Oberen wie Neuen nicht von heute auf morgen fertig sein. Gewiß: eine Verfassung ist nicht Lebenserscheinung und nicht Lebensmittelpunkt, aber die Verfassung wird um so geeftigter sein, je stärker ihr Inhalt die politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Volkes der Gesamtheit dienstbar macht. Es soll uns fern liegen, ein

Pharisäertum der Republik

aufzurichten und kritiklos alles das schönfärben zu wollen, was der Reichsverfassung auch an Großem und Bleibendem geleistet hat, aber Achtung und Ehrfurcht vor der Vergangenheit und ihren Leistungen entbinden uns nicht von der Pflicht, dem Staate der Gegenwart und Zukunft unter Einordnung des ganzen Ich zu dienen.

Es scheint deutsches Schicksal zu sein, daß wir um die innere Volkseinheit noch lange werden kämpfen müssen. Interessenpolitik verhindert bei uns noch allzu oft die großen gemeinsamen politischen Ideen und das Gefühl der Volksgemeinschaft. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl zu einem Volke, einer Nation, einer Schicksalsgemeinschaft, ist die Grundvoraussetzung zu dem Sinn der Verfassung gewollten inneren Frieden. Wohl können wir nicht alle die gleiche politische Meinung haben, das wäre fortschrittshemmend. Wir wohl können und müssen wir jedoch alle Verschiedenheit des Urteils im einzelnen doch durchdrungen und getragen bleiben von dem Bewußtsein, daß

wir alle Glieder einer großen Volksgemeinschaft

sind, zu der wir schicksalsmäßig auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Dieses Gemeinschaftsgefühl verbindet auch allein den wahren sozialen Geist, der die Verfassung erfüllt und fähigt die Kulturvölker des deutschen Volkes. Wohin wir in der Verfassung auch blicken, ob sie die Grundrechte und Grundpflichten der Einzelperson umschreibt, ob sie vom Gemeinschaftsleben spricht, ob sie von Religion, Kirche und Kultusausübung handelt, ob sie Bildung und Schule, Kunst und Wissenschaft der Fürsorge des Staates unterstellt, ob sie die Grundlagen des Wirtschaftslebens ordnet, überall geht das Ringen um eine neue Wertordnung durch die Verfassung. Das Streben, von Mensch zu Mensch zu wirken, „den inneren Frieden zu dienen" und das Leben seiner Menschen, bei aller Achtung vor seiner individuellen Freiheit, doch unter die Idee der Pflicht gegenüber dem Volke und gegenüber der Menschheit zu stellen.

An der Spitze alles Denkens und Handelns steht der nationale Gedanke, aber das Bekenntnis zur Nation führt bringt mit Naturnotwendigkeit internationale Berührungspunkte und Gemeinschaftsinstitute. Solange die Erde um die Sonne kreist, so lange wird es in den verschiedenen Räumen dieser Erde mit ihren mannigfaltigen Daseinsbedingungen verschiedene Menschen und damit Menschen- und Völkerentwicklung geben; aber das Ziel der Menschheitsentwicklung muß sein, das Volkerverbindende stärker wirken zu lassen als das Völkertrennende.

Noch auf Jahre hinaus wird das deutsche Volk einen dornenvollen Weg wandern müssen, aber wenn am Ende dieses Weges

die innere und äußere Freiheit

steht, dann soll uns keine Mühe zu groß, keine Arbeit zu schwer sein. Wir werden unser hartes Schicksal meistern, wenn und eine Zusammenfassung und eine richtige Einstellung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Energien unseres Volkes gelingt. Nach haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Ein Blick in die Parlamente, in das Alltagstreiben des politischen und wirtschaftlichen Lebens genügt, um zu erkennen, daß das staatsbürgerliche Solidarität und nationale Gemeinschaftsgefühl noch der Vollendung harren. Der alte Staat ist gestürzt, ein neuer Staat ist gekommen, das deutsche Volk ist geblieben. Staaten stürzen im Sturme der Zeiten, stoßende Völker trotzen der Zeit.

Der Reichskanzler trug anschließend Mozarts „Bundeslied" vor. Dann nahm der Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. Marx:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist ein erfreuliches Zeichen der Wiedererhebung des deutschen Volkes, daß in immer weiteren Volkskreisen sich die Ueberzeugung Bahn bricht: die Weimarer Verfassung bietet die Plattform, auf der allein der Wiederaufbau unseres Vaterlandes vor sich gehen kann! Wenn heute überall in deutschen Landen der Geburtstag der Verfassung in sichtlichen, aber eindrucksvollen Feiern begangen wird, so geschieht dies nicht nur, um dankbar der Schöpfer der Verfassung zu gedenken und ein offenes Bekenntnis zu ihr und ihren ethischen Grundsätzen abzulegen. Es geschieht zu gleicher Zeit, um der Liebe und Treue Ausdruck zu verleihen, die uns alle mit unserem deutschen Vaterland verbindet. Noch immer trennen gewaltige Klüfte weite Kreise unseres Volkes, noch immer stehen sich die Volksteile oftmals wie zwei fremde Staate gegenüber, aber wie auch die Einstellung des einzelnen sein mag, darin sind wir alle einig:

Dem Volk unseres Vaterlandes und unseres Volkes zu dienen, sein Inhalt und Ziel all unseres Denkens und Handelns sein. Gelaben wir am heutigen Tage, in diesem Dienst an Volk und Vaterland uns gegenseitig zu Treuen und Vertrauen zum Glauben an die deutsche Zukunft preisgegeben.

Ich bitte Sie, Herr Reichspräsident, und Sie, meine Damen und Herren, in diesem Sinne mit mir zu rufen: Es lebe das deutsche Vaterland, das in der Republik geeinte deutsche Volk, sie leben hoch!"

Mit gemeinsamem Gesang der ersten und dritten Strophe des Deutschlandliedes schloß die Feier.

Der Reichspräsident betrat wenige Minuten später mit seiner Begleitung die große Freitreppe des Reichstages, wo ihn die vorgesammelte Menge mit Hochrufen empfing. Er schritt die Front der Ehrenkompagnie ab, während die Reichswehrkapelle das Deutschlandlied spielte. Unter erneuten Hochrufen fuhr der Reichspräsident in geschlossenem Auto in sein Palais zurück.

Zur Behebung der belgischen Finanznot

Rückgabe ehemals deutscher Gebiete und Kolonien?

tz. **Brüssel**, 11. 8. (Eigenbericht)

Die vorübergehende Besserung des belgischen Frankenkurses, über deren Ursachen und Bedeutung sich die maßgebenden Stellen keineswegs irgendwelchen Hoffnungen hingegeben hatten, ist schon wieder zu Ende. Der belgische Franken ist von seinem französischen Bruder neuerdings wieder zum Sinken gebracht worden. Aber die Bemühungen des belgischen Kabinetts, eine neue und schwere Inflation zu vermeiden, gehen weiter.

Da es auf keine Weise möglich ist, innerhalb kurzer Zeit genügend große Summen hereinzubekommen, um die Finanzschwierigkeiten endgültig zu beschwören, hat sich die Regierung aus Werk gemacht, die Gefahr auf eine andere Weise zu beseitigen. In aller Stille wird deshalb von den zuständigen Amtsstellen die Möglichkeit erwogen,

durch verschiedene Gebietsabtretungen

die zur endgültigen Finanzgesundung notwendigen Mittel flüssig zu machen. Die Gebiete Eupen, Malmedy, St. Vith und das ehemalige Deutsch-Ostafrika, das gegenwärtig im Auftrage des Völkerbundes von der belgischen Kongoregierung verwaltet wird, sollen als Tauschobjekte dienen. Alle Bitterniße der belgischen Regierung, die lediglich aus innerpolitischen Gründen erfolgen, ändern nichts an dieser Tatsache. In nationalistischen Kreisen hebt man einer Rückgabe der Deutschland nach dem Waffenstillstand abgenommenen Gebiete verneinend gegenüber. Dieser Umstand ist aber bedeutungslos, da die gemäßigteren Kreise gegenwärtig in Belgien die Oberhand haben und führende sozialistische, liberale und katholische Minister und Parteiführer bereits schon offen Stellung genommen haben für die Abtretung der Belgien auf Grund des Versailler Diktates zugesprochenen Gebiete. Besonders große Aufmerksamkeit wird der Rückgabe der ehemals preußischen Kreise Eupen, Malmedy und St. Vith beigemessen. Obwohl diese Angelegenheit noch nicht ins Stadium ernsthafter Beratungen innerhalb des Ministerrats getreten ist, haben sich bereits die Freunde dieser Gebietsabtretung in zwei Lager geteilt. Eine Gruppe befürwortet die Rückgabe von Eupen, Malmedy und St. Vith, jedoch

unter der ausdrücklichen Bedingung,

daß die deutsche Regierung die in der belgischen Nationalbank befindlichen 7½ Milliarden Mark zurückzahle, die sich beim Waffenstillstand in Belgien im Umlauf befanden und von der Preußischen Regierung zum Vorteilsgewinn aufgekauft wurden. Die Sozialisten hingegen halten diese Forderung für übertrieben. Unterrichtsminister Huysmans veröffentlichte bereits im Parlamentsprogramm „Volksgoed" eine Reihe äußerst interessanter Artikel, wobei er die bedingungslose Rückgabe von Eupen, Malmedy und St. Vith verlangte, da die letzten Kammerwahlen mit schlagender Deutlichkeit bewiesen hätten, daß die dortige Bevölkerung urdeutsch sei. Waren bis vor kurzem die Stimmen, die für die bedingungslose Abtretung oder den Verkauf dieser bedrückten Gebiete eintraten, nach leise zu vernehmen, so ist das seit einiger Zeit anders geworden. Eine ganze Reihe einflußreicher Zeitungen, wie die liberale „Bogeier" in Brüssel und das katholische „Bien Public" in Gent, ersuchen die Regierung, nicht mehr länger zu zaudern und

zu versuchen, mit Berlin in Verhandlungen einzutreten.

Was nun die Abtretung der von Belgien verwalteten ehemals deutschen Schutzgebiete in Afrika anbetrifft, so hat sich natürlich der Völkerbund darüber noch ausgesprochen. **In der nahen Umgebung des Außenministers verschlietzt man sich nicht der Tatsache, daß Deutschland nach seinem Eintritt in Genf das moralische und juristische Recht auch auf Kolonien zu verwalten.** Die belgische Regierung werde sich deshalb nicht zur Wehr setzen, wenn ihr der Völkerbundsrat das befristete Verwaltungsmandat der Gebiete Ruanda und Urundi nicht mehr erteilen sollte. Dieses Entgegenkommen von seiten des belgischen Kabinetts verwundert nicht, wenn man weiß, daß gewisse Eintragungen und einflußreiche Kreise Belgiens bereits gehört und

sogar den teilweisen Verkauf des Kongogebietes befürworten.

So verlangte vor einigen Monaten das bekannte Antwerpener Handelsblatt „Handel", daß der belgische Kolonialminister Franck sofort, das Katangagebiet solle verkauft werden, um die belgischen Finanzen aufzurichten.

Aus innerpolitischen Gründen wird das belgische Kabinett erst nach den Gemeindewahlen, die am 17. Oktober stattfinden werden, Farbe bekennen. Da diese Wahlen keinen Einfluß auf die Stimmen und die parteipolitische Zusammensetzung der Kammer oder der Regierung, ist eine Kursänderung innerhalb des Ministeriums Jaspar-Francqui nicht zu befürchten.

Durch einen blinden Uebungsstorpedo zum Sinken gebracht

Ein bedauerlicher Unfall, der den Verlust eines Seeflers zur Folge hatte, ereignete sich am 10. August bei einer Torpedoschießübung deutscher Torpedoboote in der Ostsee. Die dänische Gazette „Slagelse" aus Fredericia, Dapitän und Eigentümer Jörgensen, die mit 22 Tonnen Porzellanerde von Lübeck nach Kopenhagen unterwegs war, wurde Dienstag abend von einem auffommenden blinden Uebungsstorpedo getroffen. Obwohl der Torpedo nach Anlauf der gesamten Laufbahn nur geringe Geschwindigkeit hatte, wurde doch durch den Stoß am Segler Leck gerissen, das das Schiff in Sinkgefahr brachte. Die deutschen Torpedoboote „S 18" und „S 19" gingen deshalb an den Segler längsseits, zogen Stahltrossen unter ihm durch, bewahrten ihn dadurch vor dem weiteren Versinken und versuchten, ihn einzuschleppen. Die Besatzung von fünf Mann wurde von dem Torpedoboot „S 18" übernommen. Bei der Aufführung des Bergungsversuches brach die Stahltrosse, und der Segler sank schließlich auf die Stahlleine, und der Segler sank schließlich auf 54 Grad 16 Minuten Nord und 11 Grad 45 Minuten Ost auf 25 Meter Wassertiefe. Das Torpedoboot „S 18" lief mit der Besatzung des gesunkenen Seglers in Kiel ein und übergab sie dem dänischen Konsulat.

Die großen Balkanfragen

Von unserem Berichterstatter

Dieser Aufsatz ergänzt hinsichtlich der jetzt so aktuellen mazedonischen Frage wie der schwebenden Balkanprobleme überhaupt in vortrefflicher Weise die Ausführungen unseres Belgrader Berichterstatters in Nr. 369.

t. **Sofia**, im August

Wann wird der Balkangarantiepakt kommen, und wann wird endlich Ruhe auf dem Balkan werden? Unbeantwortbar erscheint diese Frage gerade heute, wo es wieder einmal arg auf dem Balkan kocht und gärt, wo alles wie wild geworden nur auf Bulgarien einschlägt.

Athen, Belgrad und Bukarest — das Klagerio auf dem Balkan — haben seit Friedensschluß nichts anderes getan als Bulgarien dauernd anzugreifen und zu beschuldigen, ein Land, das wirklich genug gekuscht, geschmacht und ausgeplündert, aber nicht besiegt worden ist. Und das ist eine der wichtigsten Anmerkungen, die man bei der Beurteilung und Berechnung von Balkandingen nicht vergessen darf.

In der europäischen Presse, auch in der deutschen, nimmt man in letzter Zeit die Klagen über bulgarische Bösmilligkeiten, als da sind Bandenüberfälle, terroristische Aktionen, Irredentismus usw., nicht mehr allzu ernst. Man sagt mit Recht, wenn wirklich so etwas sein sollte, so hat das keine ganz bestimmten Gründe. Irredentismus besteht nur da, wo er durch Gewaltpolitik, Unterdrückung und Ungerechtigkeiten aller Art hervorgerufen ist. Nationale Minderheiten leben überall da zufrieden und ruhig, wo sie die ihnen zustehende Gleichberechtigung uneingeschränkt genießen, so z. B. die türkische Minderheiten in Bulgarien, die ihre Schulen, Kirchen und politischen Rechte besitzen. Sie werden nie daran denken, Irredentismus in Bulgarien zu spielen. Warum kann das Rumänien in der Dobrudscha mit seinen bulgarischen Minderheiten nicht auch so machen, warum nicht Serbien in Mazedonien, Griechenland in Thrazien und Mazedonien? Ist es eine besondere Eigentümlichkeit nur des Bulgaren, tolerant und loyal zu sein? Es gehört in der Tat dazu ein gewisses Temperament, das die Griechen und Serben offenbar nicht besitzen. Man kann sagen, es gehört ein gewisses Talent dazu, nationale Minderheiten zu beherrschen, aber auch — und das ist im Balkanminderheitenfall das Wichtige — ein feines gutes Gewissen. Serbien, wie Rumänien und Griechenland besitzen Gebiete mit bulgarischen Minderheiten, nicht kraft eigenen Rechts, begründet etwa auf militärische Erfolge, eigene diplomatische Siege, zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten oder dergleichen mehr. Die Dobrudscha, Thrazien und Mazedonien sind ihnen durch den Spruch einer Diplomatenkonferenz zugesprochen worden, weil es den Interessen Rumäniens, Serbiens und Griechenlands so entsprochen hatte, sondern weil die Gebietsgerechtigkeit dem Spruch der Siegerstaaten zugesprochen wur